

Klößner: Staat soll nicht alles regeln

Grenze zwischen Verbot und Schikane ist hauchdünn – Gastbeitrag

Rauchverbote, Werbeverbote, Warnhinweise: Wie weit darf der Staat bei der Reglementierung unseres Alltags gehen? Diese Frage steht im Mittelpunkt des Gastbeitrags der CDU-Bundestagsabgeordneten Julia Klößner.

Wenn es nicht notwendig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es notwendig, keines zu machen! Soll heißen: Weniger ist mehr. Denn es sind meist nicht die Gesetzes-, sondern die Vollzugsdefizite, die Missstände zutage bringen. Selbst das beste Gesetz hilft nichts, wenn es nicht eingehalten wird. Die schlechteste Antwort ist dann der Ruf nach einem neuen Paragrafen. Werbung, Rauchen, Alkohol, Essen, Videospiele: Überall mischt sich der Staat ein. Wo Verfehlungen sind, sollen Verbote helfen. Diese Regelungswut ist bezeichnend für den modernen Wohlfahrtsstaat.

Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass einige politische Akteure sich nur deshalb neue Betätigungsfelder suchen, weil das Miteinander der Menschen im Wesentlichen gut und vernünftig geregelt ist. Die Grenze zwischen sinnvollem Verbot und reiner Schikane ist hauchdünn – und meistens reine Ansichtssache. Es drängt sich die Frage auf, wie weit der Staat bei der Reglementierung des Alltags gehen darf. Und wann es genug ist.

Die Vertreter der Fürsorge fahren allzu gerne mit dem Einzelfall auf: Der Alkoholiker, der seine Familie ruiniert, oder der Raucher, der den Nachbarn zum Krebspatienten machte. Trotz furchtbarer Einzelschicksale ist festzuhalten: Die meisten Deutschen gehen einigermaßen vernünftig mit Alkohol um, wissen, dass ausschließlich Fett und Süßes sich nicht gerade auf den Diätplänen finden sollte, und nicht jeder Computerspieler läuft als Amokschütze durch die nächste Aldi-Filiale.

Warnhinweise bringen nichts

Wer glaubt für alles zuständig zu sein, wird dann auch schnell für alles zuständig gemacht. Natürlich ist es erschreckend, dass Jugendliche zu viel Alkohol trinken. Nicht alle. Aber die, die es tun, tun es sehr exzessiv. Müssen deshalb ein Werbeverbot und eine Abgabebeschränkung, Warnhinweise auf Flaschen und höhere Besteuerungen her? Nein. In Frankreich haben diese Warnhinweise auf Flaschen außer Bürokratie nichts gebracht. Ich kenne auch niemanden, der ange-

sichts der Warnungen auf der Zigarettenschachtel mit dem Rauchen aufgehört hat. Werbeverbote für Süßigkeit im Fernsehen oder Ampelfarben auf Nahrungsmitteln haben weder in Skandinavien noch in Großbritannien zur Reduzierung des Übergewichtes geführt. Im Gegenteil, dieses Problem ist trotz der dortigen Regelungen weiter gestiegen.

Und der aktuelle Versuch des EU-Parlaments, das Bild der Hausfrau aus der Werbung verbieten zu wollen, mutet eher als ein Akt der Erziehung an. Dass sich das Rollenbild gewandelt hat, ist gut. Vieles erledigt oder ändert sich dann von selbst, auch die Werbung. Da braucht es keinen bürokratisch-trockenen Staat, der dies regelt. Was un-

„Verbote sind ein schlechter Ratgeber für Situationen, wo die Einsicht greifen müsste.“

serer Gesellschaft Not tut, ist nicht ein Mehr an Gesetzen und Vorschriften, sondern die Entwicklung einer Überzeugung des Einzelnen, dass unsere Gesellschaft ein sinnhaftes Ganzes verbindet. Schon Jesus hatte mit den Schriftgelehrten, die die Gesetze nach dem Buchstaben, nicht aber nach dem Geist auszulegen wussten, existenzielle Schwierigkeiten. Daher spricht der Apostel Paulus: „Der Buchstabe tötet, aber der Geist macht lebendig.“

Neue Gesetze können gar „gefährlich“ sein, weil sie Placido sind, die Verantwortlichen in Beruhigung wiegen und wichtige Zeit für wirkungsvolle Aktivitäten verstreichen lassen. Verbote sind ein schlechter Ratgeber für Situationen, wo die Einsicht greifen müsste. Und Verbote zeigen keine Wirkung, wenn sie nicht effektiv überwacht werden können. Erstens brauchen wir weniger neue Gesetze, sondern einen konsequenten Vollzug des Jugend-

schutzgesetzes. Zweitens brauchen wir Informations- und Aufklärungskampagnen. Wenn wir nachhaltig etwas ändern wollen, müssen wir in Sachen Prävention insbesondere auf Eltern zugehen. Drittens brauchen wir Mut zur Verteidigung der Freiheit. Mut zur Freiheit heißt auch Mut zur Verantwortung.

Gefahr wird übersehen

Wer immer nur Gesetze produziert, um das Zusammenleben der Menschen zu regeln, übersieht die Gefahr, die darin liegt: Man nimmt den Bürgern das Denken darüber ab, was im Miteinander richtig oder falsch ist. Leider ist unsere Gesellschaft gekennzeichnet durch eine Flut von Gesetzen und Verordnungen. Trotz der Beteuerung, überflüssige Gesetze und Bürokratie müssten abgebaut werden, ebbt der Ruf nach neuen Regelungen nicht ab, das droht die Vitalität unserer an sich kreativen Gesellschaft zu ersticken.

Welches Menschenbild steht hinter dieser Regelungswut, die den Menschen bis in die kleinsten Verästelungen seines Seins domestizieren will? Könnte es sein, dass wir uns auf dem Weg zu einem Gesinnungs- und Tugendstaat hin bewegen, der den fehlerhaften Menschen durch eine neue Moral zu verbessern sucht? Nun kann man dem Gesetzgeber, den Abgeordneten den Vorwurf der Regelungswut machen. Richtig, die sind beteiligt. Gesetze sind aber auch Ausfluss von gesellschaftlichen Wünschen, von Bürgerbeschwerden. Die, die grundsätzlich für Bürokratieabbau sind, sind gerade in einem „einzigen Einzelfall“ für ein neues Gesetz. Die Summe dieser „einzigen Einzelfälle“ ist fatal. Die Freiheit, die selbstverantwortlich genutzt werden sollte, schläft ein. Deshalb gilt für uns Politiker wie für die Bürger: Mut zur Freiheit und zum eigenen Kopf – in Verantwortung für die Gemeinschaft. Waches Denken ist besser als müdes Gesetzeswerk!



MdB Julia Klößner (CDU).

Unsere Gastautorin

Die Bundestagsabgeordnete Julia Klößner (35, Bad Kreuznach) ist Verbraucherschutzbeauftragte und Mitglied im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Sie ist stellvertretende CDU-Vorsitzende in Rheinland-Pfalz.